

Vor neuen Verhandlungen?

England erwartet neue deutsche Vorschläge.
Das Reutersche Büro vorbereitet folgende Mitteilung: Ein vernünftiges neues Angebot, das Deutschland aufrichtig in der Absicht machen würde, die berechtigten Ansprüche der Alliierten zu befriedigen, würde von der britischen Regierung mit sorgfältiger Aufmerksamkeit aufgenommen werden.

Weiter heißt es in der Erklärung:

Man glaubt in autorisierten englischen Kreisen, daß Deutschland jetzt nicht mehr zögern werde, neue Angebote zu machen, besonders da die jetzt in Anwendung befindlichen Strafmaßnahmen, die die Untertanen fast aller Vertragsunterzeichner aufweisen, einen merklichen Eindruck auf die deutsche Industrie ausüben. Es sei klar, daß ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland sich in der Erwartung getäuscht sah, daß unter den Alliierten Meinungsverschiedenheiten aufsteigen könnten.

Diese aufsehenerregende halbamtliche englische Erklärung enthält mit aller Deutlichkeit den Gegensatz zwischen der englischen und der französischen Politik. Während Frankreich jetzt unbedingt zu schärfsten Gewaltmaßnahmen greifen will, möchte man in England, wenn es irgend geht, das Neueste vermeiden. Es spielen dabei wohl auch innerpolitische Gründe mit, die England augenblicklich hindern, größere außenpolitische Aktionen zu unternehmen, so daß Frankreich am Rhein allein operieren würde. Das will ja auch Frankreich, aber gerade das möchte England verhindern. Es läßt seinem Alliierten Deutschland gegenüber zwar die Regel recht locker, aber es will sie auf jeden Fall in der Hand behalten.

Darum die überraschende Aufforderung zu neuen deutschen Angeboten. Allerdings erwartet sie nur „vernünftige“ Vorschläge, d. h., was Lloyd George und Briand so vernünftig nennen. Die Londoner Angebote Simons', die das Neueste der deutschen Zahlungsfähigkeit darstellen, wurden damals als in diskutabel bezeichnet. Und ob jetzt die Ansicht hierüber anders ist? Höchst interessant ist in dieser Beziehung eine Mitteilung der englischen hochkonservativen und hochdeutschfeindlichen „Morningpost“, die zu berichten weiß, die Wiederherstellungskommission habe zu ihrer eigenen Ueberzeugung festgestellt, daß das feinerseitige deutsche Angebot eine Summe darstelle, die den von der Pariser Konferenz geforderten Betrag übersteige. Die Londoner Konferenz sei leider fogleich mit der Ablehnung des deutschen Vorschlages fertig gewesen, während die Sachverständigen der Entente sich noch nicht einmal den wirklichen Wert des deutschen Angebotes hätten ausrechnen können.

Ob diese, übrigens von der ganzen französischen Presse verschwiegene, in Deutschland aber längst bekannte Feststellung einen Einfluß auf die Begriffe der englischen Regierungskreise über die „Vernunft“ eines deutschen Angebotes haben werden, sei dahingestellt. Jedenfalls ist sie recht bezeichnend für die Haltung der Entente.

Ein gewisser englisch-französischer Gegensatz ist also zweifellos vorhanden, es ist aber doch mehr als fraglich, ob dieser eine ernste Uneinigkeit zwischen den beiden Verbündeten zur Folge haben wird. Die halbamtliche Reuters-Mitteilung stellt deutlich fest, daß Deutschland auf Meinungsverschiedenheiten der Alliierten über schärfste Anwendung der „Sanktionen“ nicht rechnen dürfe. Wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln. Dennoch gibt uns die englische Aufforderung eine letzte Möglichkeit, das Neueste, so weit es an uns liegt, zu verhindern. Die Reichsregierung wird dieses letzte Mittel ergreifen müssen, aber mehr als sie bisher geboten hat, kann sie nicht bieten. Will man das nicht annehmen, dann muß der Feind eben selbst kommen, um zu sehen, daß Deutschland tatsächlich nicht mehr leisten kann, als es bereits angeboten hat.

Hardings 7 Punkte.

Sein Programm zur Herbeiführung des Weltfriedens. Aus Washington wird berichtet: Anschließend an seine Botschaft hat Präsident Harding sein Programm zur Herbeiführung des Weltfriedens in folgenden sieben Punkten zusammengefaßt:

1. Aufhebung des Vertrages von Versailles, einschließlich der Völkerbund-Satzung;
2. Annahme der Resolution Knox, durch die der Friedenszustand erklärt wird;
3. Aufnahme von besonderen Friedensverhandlungen mit Deutschland, durch die eine bestimmte Kriegsschadigung festzusetzen und durch die die übrigen sich aus dem Krieg ergebenden Fragen geregelt werden sollen;
4. Anerkennung des in der Resolution Knox ausgesprochenen Grundgedankes der Mitwirkung Amerikas an der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens, falls dieser durch irgendeine Macht oder eine Vereinigung von Mächten bedroht werden sollte;
5. Annahme einer Resolution, durch die die Einigkeit der Vereinigten Staaten mit den alliierten Mächten darüber festgestellt wird, daß Deutschland die Verantwortung für den Krieg trägt und verpflichtet ist, die Kriegsschäden bis zur Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit wieder gutzumachen;
6. Aufnahme von Verhandlungen mit England und Japan über die Einschränkung der Kriegsausstattungen;
7. Aufnahme von Verhandlungen zwecks Bildung eines neuen Völkerbundes zur Erhaltung des Weltfriedens. Amerika wird diesem Bunde beitreten unter Aufrechterhaltung des Prinzips seiner Aktionsfreiheit und der Nichtmischung in rein europäische Angelegenheiten.

Senator Knox hat seine Resolution zur Herstellung des Friedenszustandes zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland jetzt im Kongreß eingebracht. Die Resolution wurde zunächst dem Auswärtigen Aus-

schuß überwiesen. Knox hat die Fassung seines Beschlusses noch im letzten Augenblick entsprechend den Wünschen Hardings in seiner Botschaft geändert und ihr eine lediglich „erklärende Form“ gegeben.

Ferner hat Senator Borah im Senat eine Resolution eingebracht, daß der Präsident ermächtigt wird, mit England und Japan wegen Einschränkung des Flottenbaues zu verhandeln.

Wenn man von „sieben Punkten“ des neuen amerikanischen Präsidenten hört, denkt man unwillkürlich an das Schicksal der „vierzehn Punkte“ Wilsons ungeliebten Angebens. Allerdings ist Harding aus anderem Holze geschnitten als sein Vorgänger. Die Kongressbotschaft Hardings hat ja bereits klar bewiesen, daß er sich nicht wie dieser in das Schlepptau der Entente nehmen lassen würde. Das will allerdings noch nicht sagen, daß er jetzt etwa besonders für Deutschland eintreten will. Im Gegenteil, den Grundzug seiner Politik bildet einzig und allein das Interesse seines Landes; der Hauptvorwurf, den man in Amerika Wilson machte und der ihm das Genick gebrochen hatte, ist ja gerade, daß er die Interessen Amerikas zugunsten der Entente preisgegeben hat. Würde Harding daselbe zugunsten Deutschlands tun, so wäre das, in amerikanischem Lichte gesehen, ein gleich schwerer Fehler.

Aber schon die ehrliche Neutralität, die aus Hardings Programm hervorgeht, berührt uns Deutsche, denen sonst auf der ganzen Welt nur mit Haß, Feindschaft und Gewalttätigkeit begegnet wird, so überaus sympathisch, daß wir leicht geneigt sind, sie als mehr zu nehmen, als sie tatsächlich ist.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind jetzt tatsächlich die mächtigste Nation der Erde; nach Washington sind die Blide der Sieger wie die der Besiegten gerichtet, die einen ängstlich, die anderen hoffend. Die Besiegten hoffen von dort her Hilfe irgendwelcher Art, wenn sie ihnen nur die Lebensmöglichkeit wiedergibt, die anderen aber wollen den verlorenen Bundesgenossen wiedergewinnen, damit er sie nicht für ihre eigenen Vorhaben, den Besiegten, wehlosen Gegner völlig auszublenden.

Alle aber erhoffen von Amerika die Lösung des fast unentwirrbaren Konfliktes, in den Europa geraten ist und der eine Gefahr für die ganze Welt zu werden droht. Durch die Gewaltpolitik der Entente ist ja die ganze Angelegenheit der Kriegsschadigung und Wiederherstellung jetzt verfahren, daß eigentlich nur noch ein Anstoß von außen her, der den Wagen auf ein neues, nicht befahrenes Gleis bringt, die Angelegenheit wieder ins Rollen zu bringen vermag und so die Aussicht auf ein für alle erreichbares Ziel eröffnet. Das scheint Harding nach seinem Programm auch im Sinne zu haben; wie er das aber anfangen will, darüber hält er sich in Schweigen. Nur das eine ist sicher, daß er sich hierbei von keinem anderen beeinflussen oder führen lassen wird, sondern daß er seine eigenen Wege gehen wird.

Neutrale Vermittlung?

Die Beratungen des Reichskabinetts.

Die „Germania“, das Berliner Organ der Zentrumspartei, macht Aufsehen erregende Mitteilungen über den Vermittlungsversuch einer neutralen Macht, um den neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten Harding für ein Eingreifen zur Abmahnung neuer Verhandlungen zwischen der Entente und Deutschland zu bestimmen.

Dieser Versuch hat — so schreibt das Blatt — sowohl am Dienstag wie am Mittwoch das Reichskabinet eingehend beschäftigt. Das Kabinet hat seinerzeit auch bereits mit den Führern der parlamentarischen Fraktionen Rücksprache genommen. Zu einem abschließenden Ergebnis sind die Besprechungen des Kabinetts jedoch bis zum Mittwoch nachmittag noch nicht gekommen. Es steht aber fest, daß im Kabinet die Auffassung vorherrscht, daß die angebotene Vermittlung nicht zurückgewiesen werden darf.

Es handelt sich bekanntlich hierbei darum, daß die Reichsregierung dem Präsidenten Harding neue Vorschläge unterbreitet, die die geeignete Grundlage für neue Verhandlungen mit der Entente bieten. In welcher Richtung sich die neuen Vorschläge bewegen werden, darüber läßt sich im Augenblick noch nichts Endgültiges sagen. Es dürfte u. a. aber die Frage eines internationalen Schiedsgerichts eine große Rolle spielen. Auch darüber dürfte Klarheit bestehen, daß in dem neuen deutschen Beschluß eine bestimmte Entschädigungssumme genannt wird. Das Kabinet setzt seine Besprechungen fort. Eine endgültige Entscheidung dürfte in kürzester Frist erfolgen.

Jrgend etwas wird also von der Reichsregierung geplant. Im Zusammenhang mit der Botschaft Hardings und mit dem neuen englischen Angebot gewinnen diese Absichten der deutschen Regierung ein besonderes Interesse. Merkwürdig berühren muß aber die Taktik des Auswärtigen Amtes, seine Pläne so in nebelhaftes Dunkel zu hüllen. In solchen Fragen, bei denen es um Sein oder Nichtsein des ganzen deutschen Volkes geht, muß es eingehender denn je über alles unterrichtet werden, was sein Schicksal beeinflusst. Hoffentlich bringen uns die nächsten Tage nähere Erklärungen darüber, welche Wege die Reichsregierung einzuschlagen gedenkt.

Die Zwangsmaßnahmen.

Französische Einwendungen gegen die Zollabgabe.

Die Pariser Kammer beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Gesetzentwurf über die 50prozentige Einfuhrabgabe auf deutsche Einfuhrwaren. Der Entwurf ist bekanntlich im Kammerausschuß nur dadurch angenommen worden, daß sich fast alle Mitglieder des Ausschusses der Abstimmung enthielten. Von 44 Abgeordneten fanden sich nur drei, die für den Entwurf stimmten.

Auch in der Kammer selbst begegnete der Entwurf scharfen Widerständen. Der Ausschußberichterstatter beantragte zwar einstimmige Annahme, aber gleichzeitig wies er auf die Schwierigkeiten hin, die

sich namentlich wegen der noch nicht erzielten Einkunft zwischen England und Frankreich in dieser Frage dem Plane entgegenstellten. Während Lloyd George nur die Deckung der englischen Wiederherstellungskosten im Auge habe, bestche Briand gemäß dem Abkommen von Spa auf gemeinsamer Berechnung.

Fast alle Redner sprachen sich in der entscheidenden Weise gegen den Regierungsentwurf aus, da dieser gegen die Interessen Frankreichs gerichtet und nur denen Englands dienlich sei. Die unausbleibliche Folge werde die Verteuerung der Lebenshaltung in Frankreich sein. Der französische Verbraucher werde es in Zukunft sein, der die Lasten dieser Tage zu tragen haben werde. Wenn man Bedarf nach deutschen Erzeugnissen haben werde, so werde man den Forderungen der deutschen Verkäufer nachgeben und die 50 Prozent-Zare durch die französischen Importeure zahlen lassen müssen. Andernfalls sei man gezwungen, die Waren aus Ländern mit höherer Valuta, wie z. B. aus England, zu beziehen. Schließlich gab der Abgeordnete Boech der Besichtigung Ausdruck, daß Deutschland die Waren in neutralen Ländern werde umarbeiten lassen, um so den Wirkungen der Abgabe zu entgehen.

Die sozialdemokratische Partei ließ durch ihren Redner erklären, daß sie den Gesetzentwurf ablehnen werde.

Streikunruhen in England.

Neue Verschärfung der Krise.

Im englischen Streik ist wieder eine neue Wendung eingetreten, die die Krise außerordentlich verschärft hat. Die am Montag begonnenen Verhandlungen, die eine begründete Aussicht auf Einigung eröffneten, sind am Dienstag gescheitert. Die natürliche Folge ist, daß die gemeinsam mit den Bergarbeitern vorgehenden Gewerkschaften des Dreiverbandes ihren Druck wieder verstärken. Sie haben den ursprünglich für Mittwoch bestimmten, dann aber aufgeschobenen Beginn des Generalstreiks auf Freitag abend 10 Uhr festgesetzt. Andere Gewerkschaften, die diesem Dreiverband nicht angehören, wie der Bund der Maschinisten und Heizer der Eisenbahnen, der Bund des Verwaltungspersonals der Eisenbahnen, die Londoner Elektrizitätsarbeiter u. a. haben sich diesem Streikbeschlusse angeschlossen, so daß London, falls es zum Ausbruch des Streiks kommt ohne Licht und Kraft wäre.

Es ist anzunehmen, daß inzwischen wieder Vermittlungsvorschläge gemacht werden, obgleich die Ausrückung auch einen Generalstreik nicht fürchtet. Es sind zwar so enorme Interessen auf dem Spiel, daß von seiten der Unternehmer und der Regierung recht wohl die Ansicht bestehen kann, daß ein siegreicher Generalstreik ihren Interessen nützlicher ist, als der Versuch einer möglichen Einigung. Aber immerhin ist das Risiko für beide Parteien sehr groß.

Kommt es zum Generalstreik, dann ist die Situation für Lloyd George sehr gefährlich. Wehald das Machtausgebot der Arbeiter die Oberhand, muß man ihnen nachgeben, dann ist ohne Zweifel die Regierung Lloyd George im selben Augenblick gestürzt.

Schwere Ausschreitungen streikender Bergarbeiter. Nach dem Abbruch der Verhandlungen ist es in den Bergwerksbezirken zu schweren Unruhen gekommen. Nach englischen Blättermeldungen haben 5-6000 Bergarbeiter in der Nacht zum Mittwoch einen entschlossenen und anscheinend wohlorganisierten Angriff auf die Zentralverteilungstation der Nordbritischen Eisenbahn in Giffesbire ausgeführt. Die Signalhäuser wurden gezündet, ihre Posten zu verlassen. Güterzüge wurden gesperrt und beträchtliche Lebensmittelmengen weggeführt. In einem Dorfe in der Nähe wurden auch Läden geplündert und sehr großer Sachschaden angerichtet. Polizeiverstärkungen, die in Postkraftwagen eintrafen, Militär und Marine unterstützten die Unruhen.

Bisher 17 Milliarden Mark Schaden.

Der in den Gruben durch die Ueberschwemmung bisher entstandene Schaden wird auf über 70 Millionen Pfund Sterling, also etwa 17 Milliarden Mark, beziffert.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 16. April 1921.

- Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrats erklärte sich mit der Aufhebung der Eisenhöchstpreise einverstanden und sprach sich für völlige Auflösung der Bewirtschaftungsstelle aus.
- Der Kellereenausschuß des Reichstages lehnte die von den Unabhängigen beantragte frühere Endernung des Reichstages ab. Der Reichstag tritt daher erst am 20. d. M. zusammen.
- Der bisherige preussische Verkehrsminister und demokratische Landtagsabgeordneter Oeler ist zum Landeshaushaltmann der Provinz Sachsen gewählt worden.
- Ministerpräsident v. Kaahr wies in einer neuen Rede auf die Notwendigkeit der Erhaltung der Einwohnerwehren hin, solange die Gefahr bolschewistischer Umtriebe in Deutschland bestehe.

Die Königin der Niederlande an den Reichspräsidenten. Als Antwort auf das Schreiben des Reichspräsidenten an die Königin Wilhelmina, wörtlich er den Dank Deutschlands für die Wahrnehmung deutscher Interessen während des Krieges ausgedrückt hatte, sprach die Königin der Niederlande ihre besonderen Genugtuung darüber aus, daß es ihr vergönnt war, im gemeinsamen Bemühen mit ihrem Volke zu den Werken der Menschlichkeit beigetragen zu haben.

Der Abtransport der englischen Truppen auf Obersee. Erfolgt jetzt in regelmäßigen Zügen. Angeht sind im ganzen vier Bataillone, wie es heißt, aus Anlaß der Streikunruhen in England, aus Obersee sollten abberufen. Das würde bedeuten, daß beinahe der größte Teil der englischen Besatzungstruppen Obersee verläßt, und auch der nördliche Teil des Abtransportgebietes wahrscheinlich von Franzosen besetzt werden würde, deren Einfluß damit auch in der Interalliierten Kommission entsprechend steigen würde. Die Vorklagen hieron machen sich bereits recht deutlich.

